

Antrag

Initiator*innen: GMS Niebüll

Titel: Ä2 zu A1: Zusammenarbeit mit der AfD

Antragstext

Von Zeile 1 bis 15:

Die ~~Landesschüler*innenvertretung~~ Landesschülervertretung der ~~Gemeinschaftsschulen~~ GemS bekennt sich zu den Grundwerten der Demokratie, der Vielfalt, der Menschenwürde und des respektvollen Miteinanders in unserer Gesellschaft. Als Vertretung der ~~Schülerinnen~~ Schüler setzen wir uns für eine offene, ~~inklusive~~ und diskriminierungsfreie Gesellschaft ein in der auch Artikel 5 des Grundgesetzes gewahrt und geschützt wird. Die LSV GemS ist klar und geschlossen gegen jegliche extremistische positionen.

~~Vor diesem Hintergrund beschließt die Landesschüler*innenvertretung, jegliche Zusammenarbeit oder den Kontakt mit der politischen Partei Alternative für Deutschland (AfD) auszuschließen, aber die Entscheidungen für Ausnahmen dem Landesvorstand zu überlassen. Dies umfasst insbesondere, aber nicht ausschließlich:~~

Vor diesem Hintergrund beschließt die Landesschülervertretung, den kritischen und demokratischen Austausch mit allen politischen Parteien auf Basis unserer Grundwerte zu wahren. Dies bedeutet, dass wir uns inhaltlich klar von Positionen distanzieren, die den demokratischen Prinzipien widersprechen, gleichzeitig aber den Dialog nicht verweigern.

- ~~• die Teilnahme von Vertreterinnen der AfD an Veranstaltungen, Diskussionsrunden oder sonstigen Formaten der Landesschülerinnenvertretung;~~
- ~~• offizielle Treffen, Gespräche oder sonstige Kooperationen mit Funktionsträger*innen der AfD oder ihrer Jugendorganisation;~~
- ~~• die Unterstützung oder Verbreitung von Positionen, die im Widerspruch zu den~~

~~demokratischen und menschenrechtlichen Grundwerten unserer Schülerschaft stehen.~~

Begründung

Das Fundament der Demokratie ist die Meinungsfreiheit ohne diese kann keine Demokratie standhalten weswegen wir diese in Artikel 5 unseres Grundgesetzes verankert haben. Eine lebendige Demokratie kann nur existieren, wenn unterschiedliche Meinungen auch unbequeme gehört und diskutiert werden egal ob inhaltlich fehlerhaft oder moralisch verwerflich. Der Ausschluss einer Partei aus dem Dialog läuft Gefahr, die demokratische Debattenkultur zu schwächen und politische Fronten zu vertiefen.

Anstatt die Auseinandersetzung zu verweigern, sollten wir uns kritisch und argumentativ mit Positionen auseinandersetzen, die unseren Werten widersprechen. Nur durch Debatten und den offenen Austausch können wir unsere Demokratischen Überzeugungen verteidigen und für eine offene Gesellschaft eintreten.

Ä3

Antrag

Initiator*innen: Niels Klaus

Titel: Ä3 zu A1: Zusammenarbeit mit der AfD

Antragstext

Von Zeile 1 bis 15:

~~Die Landesschüler*innenvertretung der Gemeinschaftsschulen bekennt sich zu den Grundwerten der Demokratie, der Vielfalt, der Menschenwürde und des respektvollen Miteinanders. Als Vertretung der Schülerinnen setzen wir uns für eine offene, inklusive und diskriminierungsfreie Gesellschaft ein.~~

Die Landesschülervertretung setzt auf eine kritische, aber sachliche Auseinandersetzung mit allen Parteien. Anstatt eine Zusammenarbeit auszuschließen, sollen Diskussionen möglich sein – solange sie respektvoll bleiben. So wird politische Bildung gefördert und Meinungsvielfalt ermöglicht. Man sollte aber keine Demokratie feindliche Parteien zu lassen .

~~Vor diesem Hintergrund beschließt die Landesschüler*innenvertretung, jegliche Zusammenarbeit oder den Kontakt mit der politischen Partei Alternative für Deutschland (AfD) auszuschließen, aber die Entscheidungen für Ausnahmen dem Landesvorstand zu überlassen. Dies umfasst insbesondere, aber nicht ausschließlich:~~

- ~~• die Teilnahme von Vertreterinnen der AfD an Veranstaltungen, Diskussionsrunden oder sonstigen Formaten der Landesschülerinnenvertretung;~~
- ~~• offizielle Treffen, Gespräche oder sonstige Kooperationen mit Funktionsträger*innen der AfD oder ihrer Jugendorganisation;~~
- ~~• die Unterstützung oder Verbreitung von Positionen, die im Widerspruch zu den~~

~~demokratischen und menschenrechtlichen Grundwerten unserer Schülerschaft stehen.~~

Ä4

Antrag

Initiator*innen: Jannes Dellert

Titel: Ä4 zu A1: Zusammenarbeit mit der AfD

Antragstext

Von Zeile 5 bis 8:

Vor diesem Hintergrund beschließt die Landesschüler*innenvertretung, jegliche Zusammenarbeit oder den Kontakt mit ~~der politischen Partei Alternative für Deutschland (AfD)~~ anti-demokratischen Parteien auszuschließen, aber die Entscheidungen für Ausnahmen dem Landesvorstand zu überlassen. Dies umfasst insbesondere, aber nicht

Von Zeile 10 bis 15:

- die Teilnahme von Vertreterinnen ~~der AfD~~ solcher an Veranstaltungen, Diskussionsrunden oder sonstigen Formaten der Landesschülerinnenvertretung,
- offizielle Treffen, Gespräche oder sonstige Kooperationen mit Funktionsträger*innen ~~der AfD~~ entsprechender Gruppen/Parteien oder ihrer Jugendorganisation,
- die Unterstützung oder Verbreitung von Positionen, die im Widerspruch zu den demokratischen und menschenrechtlichen Grundwerten unserer Schülerschaft stehen. Um einen Missbrauch auszuschließen muss ein Ausschluss immer, durch einen nachweis der anti-demokratischen Haltung, Begründet sein.

Begründung

Mündlich

Ä5

Antrag

Initiator*innen: Tjelle

Titel: Ä5 zu A1: Zusammenarbeit mit der AfD

Antragstext

Von Zeile 10 bis 11 einfügen:

- die Teilnahme von Vertreterinnen der AfD sowie Personen die in der Vergangenheit aufgrund von diskriminierenden Äußerungen aufgefallen sind zum Schutz der Schüler*innen an Veranstaltungen, Diskussionsrunden oder sonstigen Formaten der Landeschülerinnenvertretung,

Begründung

Mündlich

Ä1

Antrag

Initiator*innen: Schule am Eiderwald Flintbek

Titel: Ä1 zu A13: Fach Medienbildung

Antragstext

Von Zeile 2 bis 3 einfügen:

dafür einsetzen ein Fach KI und Medienbildung einzuführen welches durchgängig ab der 5. Klasse unterrichtet wird. Dies muss durch überschulisches Personal gefördert werden.

Begründung

Wenn Lehrkräfte oder andere Schüler*innen dies stämmen wäre dies nicht produktiv genug.

Wir sollten dafür sorgen das dies von externen Personal durchgeführt wird, um eine fachgerechte interessant gestaltete Aufklärung und Unterrichtung zu fördern.